



Die Beschäftigten des französischen Stromnetzbetreibers RTE sind für Dienstag, den 6. November, zum Streik aufgerufen. Um die Inflation auszugleichen, fordert die Gewerkschaft CGT von dem Betreiber der französischen Hoch- und Höchstspannungsleitungen 6,9% mehr Lohn für alle Mitarbeiter.

Die Gewerkschaft CGT des Stromübertragungsnetzbetreibers (RTE) teilte gestern Abend mit, dass alle Gewerkschaften des Konzerns am Vorabend zu einem Streik für Dienstag, dem 6. November, aufgerufen hätten. Die Lohnverhandlungen hatten am 22. November in einem angespannten Klima begonnen und konnten auch in einer zweiten Sitzung am 1. Dezember nicht abgeschlossen werden, wie die CGT in einer Pressemitteilung erklärte. Um die Inflation auszugleichen, fordert die größte Gewerkschaft des Betreibers von Hoch- und Höchstspannungsleitungen 6,9% Lohnerhöhung für alle.

„Das Direktorium bietet nur eine Gehaltserhöhung von 2,3 % an, um die Inflation 2022/2023 auszugleichen“, bedauerte die CGT. „Die Gehaltsvorschläge wurden von allen Gewerkschaftsorganisationen abgelehnt“. Die Geschäftsleitung von RTE bestätigte die Ankündigung des Streiks und die Einberufung einer letzten Verhandlungsrunde am Mittwoch, dem 7. Dezember.

Der Streik könnte diverse wartungsarbeiten beeinträchtigen, sagte Francis Casanova, zentraler Gewerkschaftsvertreter der CGT für die RTE, gegenüber der Nachrichtenagentur AFP. Die Geschäftsleitung hatte Ende November erklärt, dass sie bei der ersten Sitzung 2,3% Lohnerhöhung für alle Beschäftigten sowie eine „dauerhafte Prämie“ von 2% mit einer Untergrenze von 95 Euro pro Monat für alle Beschäftigten und einen Rahmen von 1,84% für individuelle Maßnahmen vorgeschlagen hatte.

Ein Streiktag am Donnerstag, dem 24. November, mobilisierte laut CGT 40% der anwesenden Beschäftigten, während die Geschäftsleitung ihrerseits von einer Quote von etwa 34% sprach. Das soziale Klima bei RTE ist angespannt, insbesondere seit vier Mitarbeiter Anfang Oktober von der Generaldirektion für innere Sicherheit (DGSI) in Polizeigewahrsam genommen wurden, nachdem RTE eine Anzeige eingereicht hatte.

Diese Anzeige gegen X richtete sich gegen den Verdacht betrügerischer Eingriffe in das Stromnetz im Rahmen von sozialen Bewegungen im Juni und Juli. Die vier RTE-Mitarbeiter müssen am 28. Februar vor dem Strafgericht in Paris erscheinen. Die Gewerkschaft CGT hatte damals eine „Kriminalisierung des Streikrechts“ kritisiert, die darauf abziele, „Lohnforderungen zum Schweigen zu bringen“.